

## Wahlprogramm 2016–2021

### *Frischer Wind für Rüsselsheim*

#### **Präambel**

Unsere neue Liste versteht sich als sachliche, bürgerliche, parlamentarisch-demokratische Alternative zu den etablierten Parteien. Bei uns arbeiten Menschen ganz unterschiedlicher politischer Herkunft ohne Ideologie zusammen, um sachliche Lösungen vorzuschlagen.

Bisher teilen sich die drei alten Parteien CDU, SPD und Grüne die Macht in Rüsselsheim, da sie sich kaum unterscheiden und immer untereinander koalieren können. Das Ergebnis ist ein in Jahrzehnten aufgebauter, gewaltiger Schuldenberg, an dem noch die folgenden Generationen tragen müssen. Gleichzeitig wurde kaum noch in die Erhaltung der Infrastruktur investiert, so dass Straßen, Schulen, Schwimmbäder und Sporthallen in Rüsselsheim in teilweise erbärmlichem Zustand sind. Zahlreiche Positionen in Behörden und städtischen Nebenbetrieben wurden nicht mit den besten Fachkräften sondern mit „verdienten“ Parteifunktionären besetzt.

Wir möchten frischen Wind in die verkrusteten Parteistrukturen bringen. In diesem Programm schlagen wir Lösungen für die Probleme Rüsselsheims vor. Drei Hauptforderungen sind:

- Die Zuwanderung von Flüchtlingen nach Rüsselsheim soll begrenzt werden. Wir wollen die Bürger fragen, wie viele Flüchtlinge nach ihrer Meinung noch in Rüsselsheim integriert werden können.
- Wir bekennen uns zum Flughafen als Wirtschaftsmotor, verlangen aber eine Ausdehnung des Nachtflugverbots zum Schutz der Anwohner.
- Wir sind für das freie Eltern-Wahlrecht der Schule ihrer Kinder ein. Neben den Gesamtschulen muss es daher auch ein Angebot an Schulen des gegliederten Systems in Rüsselsheim geben.

## **Wahlprogramm**

1. Mehr Bürgerbeteiligung	Seite 3
2. Finanzen und Steuern	4
3. Wirtschaftsförderung	5
4. Infrastruktur und Stadtentwicklung	6
5. Schule und Bildung	10
6. Kultur, Sport, Freizeit	11
7. Zuwanderung und Integration	14
8. Sicherheit, Sauberkeit, Ordnung	16
9. Umwelt	18
10. Verkehr	19

## 1. Mehr Bürgerbeteiligung

Beim ersten Rüsselsheimer Bürgerentscheid am 22. März 2015 stimmten 87,2 Prozent der Wähler für den Erhalt der Gerhart-Hauptmann-Schule in Königstädten. Die Bürger entschieden damit gegen den Plan der Regierungskoalition von CDU und Grünen im Stadtparlament, die letzte Realschule Rüsselsheims abreißen zu lassen. Da die Wahlbeteiligung das erforderliche Quorum von 25 Prozent jedoch knapp verfehlte, war der Bürgerentscheid juristisch gescheitert. Die Schule hätte deshalb trotz des eindeutigen politischen Signals der Bürger abgerissen werden können. Zwar hat das Stadtparlament in einer klugen Entscheidung den Fortbestand der Schule fürs erste ermöglicht. Das juristische Scheitern des Bürgerentscheids zeigt jedoch die unsinnige Höhe des Quorums von 25 Prozent. Auf Grund der niedrigen Wahlbeteiligung ist der Rüsselsheimer Oberbürgermeister sogar nur mit 16 Prozent der Wählerstimmen ins Amt gelangt. Das Quorum muss daher gesenkt werden.

Den Bürgerentscheiden an der Wahlurne sind jeweils Bürgerbegehren vorgelagert. Bei diesen müssen die Initiatoren Unterschriften sammeln, um zu zeigen, dass ausreichendes Interesse für ihr Anliegen besteht. Wir fordern die Erleichterung sowohl von Bürgerentscheiden als auch von Bürgerbegehren sowie die verstärkte Nutzung von Bürgerbegehren als Mittel der direkten Demokratie:

- Das unsinnig hohe Quorum bei Bürgerentscheiden soll auf 10 Prozent gesenkt werden
- Bürgerentscheide und -begehren richten sich bisher meistens gegen Beschlüsse des Stadtparlaments (kassierende Entscheide). Die rechtliche Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens wird aber vom Rechtsamt derselben Stadt geprüft. Dies ist eine Hürde, die leicht zur Abwehr eines unliebsamen Begehrens missbraucht werden kann. Die Zulässigkeitsprüfung durch ein städtisches Amt ist daher abzuschaffen. Wer meint, ein Bürgerbegehren sei unzulässig, soll vor Gericht klagen.
- Die Zahl der erforderlichen Unterschriften beim Bürgerbegehren in einer Stadt der Größe Rüsselsheims ist von 5 auf 3 Prozent zu senken.
- Die Einreichungsfrist (die Zeit für die Vorbereitung und die Sammlung der Unterstützer-Unterschriften), die bei kassierenden Bürgerbegehren 56 Tage beträgt, ist auf 100 Tage zu verlängern.
- Plant ein Stadtparlament freiwillige Leistungen in erheblichem Umfang (z.B. den Bau eines neuen Schwimmbades), so ist zwingend ein Bürgerentscheid durchzuführen. Dabei muss dem Bürger dargelegt werden, welche zusätzlichen Kosten (Abgaben und Steuern) erforderlich sind, um die Leistung zu bezahlen. Der Bürger kann dann entscheiden, ob er die freiwillige Leistung zum gegebenen Preis wünscht oder nicht. Bei derartigen Bürgerentscheiden erübrigt sich ein vorgelagertes Bürgerbegehren.

Die dazu erforderlichen Änderungen der Landesgesetze sollen durch Initiative des Magistrats erfolgen.

## **2. Finanzen und Steuern**

Die Stadt Rüsselsheim ist eine der am höchsten verschuldeten Städte Hessens. Die Altparteien rechnen die Schulden schön, indem sie beispielsweise die Verbindlichkeiten der städtischen Neben- und Eigenbetriebe verschweigen. Tatsächlich dürfte die gesamte Schuldenhöhe Rüsselsheims bei einem Betrag von mehr als 20.000 € pro Steuerzahler liegen. Dies ist eine so gewaltige Summe, dass noch kommende Generationen abbezahlen müssen, was bereits früher ausgegeben wurde.

Der Schutzschirm des Landes Hessen, dem Rüsselsheim beigetreten ist, wäre eine einmalige Chance, von den Schulden herunterzukommen. Das Land hat einen wesentlichen Teil der Verbindlichkeiten Rüsselsheims übernommen. Die Stadt spart dadurch erheblich an Zinsen und könnte die Ersparnis verwenden, um weitere Schulden allmählich abzubauen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Rüsselsheim nimmt weitere Millionenschulden auf, ja verlässt sogar den Pfad zum Haushaltsausgleich, der mit dem Land vereinbart wurde. Dies ist auch systematisch so beabsichtigt. Der grüne Bürgermeister hat dazu freimütig erklärt, dass die Schulden Rüsselsheims schon in wenigen Jahren wieder den Stand erreicht haben werden, den sie vor dem Schutzschirm hatten. Hier ist der Wille zum Sparen nicht vorhanden.

Darüber hinaus sollen die Rüsselsheimer Bürger auch noch massive Steuererhöhungen schultern. Die Grundsteuer wurde bereits verdoppelt. Eine Straßen-Sanierungsabgabe wurde zusätzlich beschlossen. Diese Abgabe kann für ein Einfamilienhaus eine Größenordnung von vielen Tausend Euro betragen, wenn eine Straßen-Sanierung fällig wird. Die Abgabe wird zwar auf mehrere Jahre verteilt. Dies ändert aber an der Gesamtlast nichts.

Wir fordern:

- Oberste Priorität der Stadt muss sein, den Rettungsschirm zu nutzen, um sich langfristig zu entschulden.
- Die Veräußerung kommunalen Vermögens, um kurzfristig an Geld zu kommen, ist abzulehnen.
- Die Forderung nach Straßenbau-Beiträgen von Anwohnern stellt eine massive Steuererhöhung dar, die rückgängig zu machen ist.

- Keine weitere Erhöhung von Steuern oder Abgaben ohne vollständigen Sanierungsplan des Haushalts einschließlich der städtischen Eigen- und Nebenbetriebe
- Keine zusätzlichen Schulden mehr, sondern nachhaltiger Schuldenabbau
- Die Ausgaben der Stadt müssen sich nach den Einnahmen richten
- Die Einnahmeseite ist durch Gewerbeansiedlung zu verbessern statt durch Steuern und Abgaben, die den Bürger zusätzlich belasten
- Für Aufgaben, die Land und Bund der Stadt übertragen, müssen Land und Bund die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen (Konnexitätsprinzip). Dies gilt auch bei der aktuellen Aufgabe der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen.
- Die Fülle von Klientel- und Luxus-Ausgaben, die sich die Altparteien genehmigen, ist abzulehnen (beispielsweise 300.000,- € für die Küche eines verpachten Cafes, 200.000,- € für das Gutachten zur Straßenabgabe oder 7.000,- € für das bunte Logo einer Schule).

### **3. Wirtschaftsförderung**

Der Wirtschaftsförderung in den Kommunen kommt eine herausragende Bedeutung zu. Wir Bürger wollen nicht immer höhere Steuern und Gebühren zahlen. Vielmehr soll sich die Wirtschaft am städtischen Haushalt wieder stärker beteiligen.

Eine zunehmend multinational tätige Industrie sucht strategische Standorte als Umschlagplatz ihrer Produkte. Die boomende Logistikbranche, expandierende Unternehmen im multimedialen Bereich, prosperierende IT-Unternehmen, oder zukunftsstarke Firmen der „grünen“ Technologie zur alternativen Energiegewinnung sind nur einige Beispiele für Branchen, die Standorte suchen. Grundlage der Unternehmensansiedlung in Rüsselsheim muss ein intelligentes Konzept sein, das die besonderen Stärken der Stadt nutzt. Dazu ist eine Professionalisierung der Wirtschaftsförderung in Rüsselsheim erforderlich.

Wir fordern:

- Kompetentes, mehrsprachiges Personal in der Wirtschaftsförderung mit langjähriger Erfahrung im volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Bereich
- Erhöhte Aquisitonstätigkeit der städtischen Wirtschaftsförderung auf den Messen weltweit

- Eine Willkommenskultur für Unternehmen, die zukünftige Arbeitsplätze schaffen
- Bereitstellung moderner, zukunftsweisender Infrastruktur in den Gewerbegebieten
- Keine einseitige Fixierung auf den Dienstleistungssektor
- Ein passendes Gewerbesteuerkonzept für Unternehmen, die neue und besonders innovativen Technologien mit Zukunftspotential nutzen
- Aktive Beteiligung an der Initiative Industrie 4.0 (Optimierung von Produktion und Logistik durch digitale Vernetzung)

## **4. Infrastruktur und Stadtentwicklung**

### **Die Stadt nutzt ihre Stärken bisher nicht**

Die Stadt Rüsselsheim nutzt ihre vorhandenen Stärken und Vorteile nicht. Die Stärken sind:

- Die Lage in der Mitte des Rhein-Main-Gebietes, im Zentrum einer der wirtschaftsstärksten Regionen der Welt mit einem reichhaltigen kulturellen Angebot
- Unsere Stadt hat eine Spitzen-Anbindung an zentrale Verkehrswege. Rüsselsheimer sind in 20 Minuten in Mainz und Wiesbaden, in 30 Minuten mitten in Frankfurt. In 15 Minuten erreichen wir den Flughafen und den ICE-Bahnhof – schneller als ein Frankfurter. Damit wäre Rüsselsheim eigentlich ein attraktiver Standort für Berufstätige, die viel unterwegs sind und mobil sein wollen.
- Rüsselsheim liegt in unmittelbarer Nähe zum zweitgrößten Flughafen in Europa mit einem der größten Logistikumschlagplätze der Welt.
- Rüsselsheim ist Zentralstandort eines der größten Automobilunternehmen Europas.
- Rüsselsheim beherbergt mit dem TecCenter einen wesentlichen Teil der technischen Entwicklungskapazität von General Motors für die weltweit produzierten GM – Fahrzeuge.
- Rüsselsheim beherbergt eine Hochschule mit über 3000 Ingenieurstudentinnen und –studenten.

## **Rüsselsheims Infrastruktur verfällt unter der Regie der Altparteien**

Die unschätzbaren Standortvorteile Rüsselsheims werden bisher nicht genutzt. Ein klares und stabiles Konzept für die Entwicklung zu einer begehrten Arbeits- und Wohnstadt ist nicht vorhanden. Die Folge: aktuell lebt Rüsselsheim von der Substanz und die Infrastruktur zerfällt.

- Die Innenstadt hat so viel an Attraktivität verloren, dass auch die letzten gut geführten Fachhändler Zukunftssorgen haben. In Teilen der Innenstadt ist es bereits nicht mehr möglich, für alle Ladenflächen Nachmieter zu finden und einen interessanten Branchenmix zu gewährleisten.
- Die laufende Instandhaltung bestehender Gebäude und Infrastrukturanrichtungen wurde über Jahrzehnte so sehr vernachlässigt, dass sie teilweise aufgegeben werden müssen.
  - Das Opelbad wurde zugeschüttet, das Hallenbad an der Lache ist abbruchreif, das Waldschwimmbad befindet sich in erbärmlichem Pflegezustand
  - Viele Sporthallen, Schulturnhallen sowie Schulgebäude sind mangelhaft
  - Die Polstermöbel im Stadttheater sind nahezu 50 Jahre alt.
  - Winterliche Frostschäden der Straßen werden seit Jahren kaum noch repariert. Die immensen, immer weiter auflaufenden Kosten sollen offensichtlich in großem Stil auf die Anlieger abgewälzt werden, sobald die bereits beschlossene Straßenbauabgabe in Kraft ist.

Andere Orte – zum Beispiel Raunheim – zeigen uns, dass erfolgreiche Stadtentwicklung möglich ist und die Infrastruktur erhalten, ja sogar ausgebaut werden kann.

## **Wie kann Rüsselsheim die Lebensqualität seiner Bürger wieder erhöhen?**

Ohne Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen würde Rüsselsheim an Lebensqualität verlieren. Wer wegziehen kann, würde dann in andere Städte fliehen. Zurück blieben die Ärmsten, die sich einen Wegzug nicht leisten können. Rüsselsheim braucht daher ein klares Zukunftskonzept und eine Umsetzungsstrategie.

- Rüsselsheim muss einen Plan erarbeiten, welche Infrastruktureinrichtungen eine lebenswerte Stadt benötigt und welche wünschenswert sind.

- Die notwendigen Einrichtungen müssen nach und nach wieder aufgebaut werden. Sie müssen dann kontinuierlich gepflegt und instand gehalten werden. Die Kosten der notwendigen Infrastruktur dürfen die Bürger nicht mit höheren Steuern belasten. Die Einnahmeseite des Haushalts muss durch Gewerbeansiedlung (siehe Wirtschaftsförderung) verbessert werden, wie es der Nachbarstadt Raunheim auch gelingt.
- Bei wünschenswerten Einrichtungen wie dem Stadttheater schlagen wir vor, den Bürger über die Kosten zu informieren und ihn dann in einem Bürgerentscheid zu fragen, ob er die Leistung zum gegebenen Preis wünscht.
- Zusammen mit Investoren muss Wohnraum, vor allem im mittleren Preissegment geschaffen werden. Dies kann auch in Gestalt von attraktiven Hochhäusern erfolgen.
- Rüsselsheim braucht ein neues Verhältnis zum Flughafen – keine Verteufelung des größten Arbeitgebers der Region aber stabile, verlängerte Nachtruhezeiten von 23 bis 6 Uhr.
- Bei Verkauf und Vermietung von Immobilien in den Flugschneisen ist der Verkäufer verpflichtet, den Käufer aufzuklären

### **Wiederbelebung der Innenstadt als Stadtzentrum**

- Als Einkaufszentrum ist die Fläche der Innenstadt zu groß. In einem Teil, der auch das ehemalige Karstadt-Gebäude umfasst, soll daher Wohnraum geschaffen werden, der in Rüsselsheim dringend benötigt wird.
- Andere Teile der Innenstadt sollen als Zentrum zum Einkaufen und als Forum der Begegnung wiederentstehen.
- Um ein integriertes Zukunftskonzept zu finden, unterstützen wir das Projekt des Städteplaners und Förderpreisträgers der Stadt Rüsselsheim, Jan Muschiol, der die Bürger nach ihrer Meinung fragt und ihre Ideen aufnimmt.
- Alle bisherigen Konzepte, die Innenstadt als Einkaufszentrum durch Verkehrsberuhigung aufzuwerten, sind fehlgeschlagen. Wir schlagen das Gegenteil vor: In einem Teil des Areals soll eine Mall nach amerikanischem Vorbild mit guter Verkehrsanbindung und kostenlosen Parkplätzen entstehen. Auf diese Weise wird nicht nur Publikum aus Rüsselsheim sondern aus dem ganzen Rhein-Main-Gebiet angezogen.

- Wir stellen ein Konzept zur Nutzung des Opelaltwerks vor. Es sieht vor, studentisches Milieu anzusiedeln. Den Kristallisationskeim könnte eine Dependence der Hochschule RheinMain mit einem Fachbereich Industriedesign im Altwerk bilden. Dieser Fachbereich oder Studiengang müsste professionell mit der ansässigen Automobilindustrie verzahnt sein. Den Studierenden muss bezahlbarer Wohnraum in unmittelbarer Nähe zur Verfügung stehen, so dass sie in ihrem Quartier leben und arbeiten können. Das kulturelle Milieu entsteht dann zwangsläufig durch die Bedürfnisse der Anwohner.
- Grundvoraussetzung für die Steigerung der Attraktivität der Innenstadt ist die Zerschlagung der dortigen Drogenszene durch erhöhte Polizei-Präsenz. Die Besucherfrequenz der Innenstadt muss erhöht werden, z.B. durch höhere Attraktivität der Innenstadt für Familien mit Kindern – die „Fußgängerzone als langer Spielplatz mit vielen Geräten“. Die Volkshochschule soll in der Innenstadt angesiedelt werden.
- Die Stadt selbst hat keine Mittel zum Umbau der Innenstadt. Sie kann aber die Rahmenbedingungen schaffen, damit Investoren sich engagieren.
- Vordringlich für die Erneuerung der Innenstadt ist auch eine Professionalisierung der städtischen Wirtschaftsförderung, die eine Willkommenskultur für Investoren und Gewerbetreibende entwickeln muss. In Zusammenarbeit der städtischen Wirtschaftsförderung mit einem neu aufgestellten Gewerbeverein muss eine attraktive Mischung von Branchen und Geschäften in der neuen Innenstadt angesiedelt werden.
- Keine Umwandlung des Marktplatzes in eine Parkfläche für Autos. Der Marktplatz mit seinen Bäumen ist einer der schönsten Plätze Rüsselsheims und soll so erhalten bleiben
- Die Verkehrsberuhigung der Frankfurter Straße und der Friedensstraße im Innenstadtbereich ist sinnloser Aktionismus. Der Platzcharakter der beiden Bereiche würde nur bei vollständiger Umleitung des Straßenverkehrs aufgewertet. Die vollständige Umleitung ist aber unmöglich. Anstatt 2 Mio Euro Steuergelder nutzlos zu verpulvern, sollten die Mittel besser in nachhaltige Infrastruktur-Projekte investiert werden wie z.B. den Wiederaufbau eines Hallenbades.

## **5. Schule und Bildung**

### **Für freies Eltern-Wahlrecht der Schule**

Wer heute ein Arbeitsplatz-Angebot im Rhein-Main-Gebiet erhält, und einen Wohnort für sich und seine Familie sucht, schaut auf die sogenannten „weichen“ Standortfaktoren, nämlich auf das Angebot an Schulen, Kindergärten, Freizeiteinrichtungen und Kultur. Für Familien mit Kindern ist insbesondere die Schulsituation vor Ort entscheidend.

In Rüsselsheim sind die Weichen allerdings einseitig ideologisch auf grün/rot gestellt. Das bedeutet die geplante Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. Daran arbeiten Grüne und SPD seit langem. Nachdem sich die CDU seit wenigen Jahren ebenfalls mit der flächendeckenden Gesamtschule angefreundet hat, besteht Gefahr für das gegliederte Schulsystem. Die Schließung der letzten Realschule in Rüsselsheim, der Gerhart-Hauptmann-Schule in Königstädten, konnte zwar vorerst durch einen Bürgerentscheid gestoppt werden, die Umwandlung in eine Gesamtschule ist jedoch vorgesehen.

Der Schwenk der CDU ist nicht sachlich begründet. Die Merkel-CDU möchte sich vielmehr einem grünen Koalitionspartner schmackhaft machen und nimmt dafür in Kauf, ihre eigenen langjährigen Stammwähler zu verprellen. Heute sind wir die einzige Liste in Rüsselsheim, die für ein breites Angebot an Schulen des gegliederten Systems neben den Gesamtschulen eintritt. Wir stehen für das freie Wahlrecht der Eltern. Den Eltern muss es möglich sein, ihre Kinder in die Schule zu schicken, die sie selbst als die beste erachten.

Weitere schulpolitische Ziele:

- Dem Interesse vieler Eltern am Ausbau der Ganztagschule werden wir Rechnung tragen.
- In den Schulen werden häufig Kinder ausgegrenzt, die kein Geld für teure Markenkleidung haben. Mit einer Schuluniform sind solche Probleme vom Tisch. Wir werben dafür, dass einzelne Schulen eine Schuluniform einführen.

### **Besondere Förderung behinderter Kinder statt „Inklusion“ in den normalen Schulunterricht**

Die vollständige „Inklusion“ geistig oder körperlich behinderter Kinder in den normalen Unterricht der allgemeinbildenden Schulen lehnen wir ab. Die allgemeinbildenden Schulen können keinen generellen Ersatz für sonderpädagogische und auf Behinderungen spezialisierte Institutionen bieten. Das bewährte System der Förder- und Sonderschulen, in denen spezielle Bedürfnisse angemessen berücksichtigt werden, gilt es zu bewahren, anstatt sie auf dem Altar

reiner Ideologie zu opfern. Pläne, sonderpädagogische Einrichtungen wie die Borngrabenschule weitgehend aufzulösen, sind rückgängig zu machen. In solchen Institutionen wurde jahrzehntelange Erfahrung gesammelt, die durch nichts zu ersetzen ist.

In Rüsselsheim gibt es massive Proteste von Lehrern allgemeinbildender Schulen, die sich mit den „inkludierten“ Schülern weitestgehend alleine auseinandersetzen müssen, ohne dazu eine Ausbildung zu haben. Die Lehrer klagen auch darüber, dass der Umfang der Unterstützung durch sonderpädagogische Fachlehrer viel zu niedrig angesetzt ist. Das Ergebnis solcher „Inklusion“ ist eine massive Beeinträchtigung der Lernerfolge der anderen Kinder. Dies ist keine Bildungsgerechtigkeit.

In Sonderfällen, wo die Inklusion tatsächlich zum Vorteil des behinderten Kindes ist, soll den speziellen Bedürfnissen Rechnung getragen. Dazu müssen aber auch die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

### **Vorschulische Kinderbetreuung**

Eine echte Förderung von Familien sorgt dafür, dass Kinder in den ersten Lebensjahren möglichst viel Zeit mit ihrer Familie verbringen können. Aus diesem Grunde befürworten wir Angebote zur Unterstützung und Förderung der häuslichen Kindererziehung. Da junge Mütter aus unterschiedlichen Gründen heute vermehrt arbeiten wollen oder müssen, ist die Betreuung von Kindern in Kindergärten, Kindertagesstätten und anderen Betreuungseinrichtungen wichtig. Die Stadt muss alle finanziellen Mittel vom Gesetzgeber einfordern, die zur Aufrechterhaltung des Kinderbetreuungsanspruchs notwendig sind, und jede Möglichkeit zur Schaffung neuer Kinderbetreuungsplätze nutzen.

## **6. Kultur, Sport, Freizeit**

Der Bereich Kultur ist seit Jahren ein massiv defizitärer Teil des Haushalts in Rüsselsheim. Im Jahr 2014 hat der Eigenbetrieb Kultur123 der Stadt fast 6 Mio € Unterdeckung eingespielt. In erschreckender Weise wurde dies von der Stadtverordnetenversammlung ohne zu hinterfragen hingenommen.

Trotz dieses Defizits werden jetzt zusätzliche Kosten von mindestens 120.000,- € jährlich produziert, indem die Volkshochschule (VHS) von städtischen Räumen in angemietete Flächen des Opel-Altwerks (D-Bau) zieht. Der Mietvertrag wird sofort über zehn Jahre abgeschlossen. Dabei liegen die Flächen keineswegs zentral in der Stadt. Sie befinden sich vielmehr hinter dem Interimsstandort der Hochschule RheinMain in westlicher Richtung. Die VHS bringt daher bei diesem Konzept keine

Besucher in die Innenstadt, deren Geschäfte unter mangelnder Kundenfrequenz leiden.

In Ansätzen haben die Altparteien versucht, einen kulturellen Faden vom Opel-Altwerk über Rathaus und Marktplatz, den Verna-Park, die Opel-Villen und die Festung bis zum Main-Ufer mit dem Regional-Wanderweg zu ziehen. Durch den langen Leerstand des Restaurants in den Opel-Villen und den Leerstand im Ausstellungsbereich des Altwerks riss dieser Faden jedoch gleich mehrfach. Kürzlich wurde das Restaurant zwar wieder verpachtet. Welche Zugeständnisse die Stadt dem neuen Pächter hinter den Kulissen offeriert hat und wie lange er bleibt, wird sich zeigen.

Der Wanderweg sollte immerhin durch den „Opel-Steg“ in westlicher Richtung zwischen Opel-Werk und Main fortgesetzt werden. Der Steg musste allerdings wegen Baumängeln sofort nach der feierlichen Eröffnung durch den Oberbürgermeister wieder geschlossen werden. Der Beobachter gewinnt durch solche Vorgänge den Eindruck, dass OB Burghardt über wesentliche Vorgänge in seiner Verwaltung nicht unterrichtet ist.

Auch als Opel den Ausstellungsraum mit den historischen Fahrzeugen an der Marktstraße räumte, zeigte sich der Magistrat völlig überrascht und konzeptionslos. Dabei war die Ausstellung in der Innenstadt ein einzigartiger Ort, wo der Bürger die Geschichte seiner Stadt erleben konnte. Dem Oberbürgermeister ist es in seiner gesamten Amtszeit nicht gelungen, eine Zusammenarbeit mit Opel aufzubauen, die der Bedeutung des Werks für Rüsselsheim gerecht wird. Die vielfach behauptete Zusage von Opel, sich an den Verlusten des Hessentages in Rüsselsheim zu beteiligen, ist nicht nachvollziehbar. Es ist weder ein Vertragstext bekannt noch gibt es belastbare Zahlen über den Umfang der Zusage.

Wir fordern:

- Die Finanzplanung für den Hessentag muss komplett offengelegt werden. Angesichts der Millionenverluste der früheren Hessentage in anderen Städten erscheint die Erklärung des Magistrats zweifelhaft, die Veranstaltungen in Rüsselsheim seien kostendeckend. Schon Jahre vor dem Hessentag sind etwa 50 Mitarbeiter der Stadt ganztätig mit der Vorbereitung beschäftigt. Die Kosten hierfür sind mit einzurechnen. Sollte der offengelegte Finanzplan ein Defizit ausweisen, sind rechtzeitig Sponsoren einzubeziehen.
- Die Infrastrukturmittel, die das Land der Hessentags-Stadt zur Verfügung stellt, müssen tatsächlich für ein sinnvolles Infrastrukturprojekt genutzt werden, beispielsweise für den Bau eines Hallenbades.
- Die geplante Verkehrsberuhigung der Innenstadt ist sinnlos. Das Ziel der Planungen, den Platzcharakter von Markt- und Friedensplatz zu verbessern, begrüßen wir. Das Ziel würde aber nur erreicht, wenn man den

Durchgangsverkehr nahezu komplett umleiten könnte. Dies ist aber bei beiden Plätzen nicht möglich. Wir fordern daher, keine Finanzmittel für eine teilweise Verkehrsberuhigung sinnlos zu verpulvern, auch keine Hessentagsmittel vom Land.

- Der kulturelle Bogen vom Opel-Altwerk über Rathaus und Marktplatz, den Verna-Park, die Opel-Villen und die Festung bis zum Main-Ufer muss endlich wieder gespannt werden. Dazu muss der Magistrat zusammen mit Opel ein Konzept für den Ausstellungsbereich des Altwerks erarbeiten.
- Das Theater ist für eine Stadt der Größe Rüsselsheims eine außergewöhnliche kulturelle Leistung, die bisher freilich hochdefizitär betrieben wird. Wir fordern vollständige Transparenz über die Kosten des Stadttheaters. In Kenntnis der Kosten soll dann ein Bürgerentscheid darüber stattfinden, ob das Theater weitergeführt werden soll. Vor dem Entscheid haben der Theaterbetrieb und die Stadtverwaltung (Kultur 123) ausreichend Zeit, um ein finanziell tragfähiges Zukunftskonzept auszuarbeiten und ein Programm zu entwickeln, das mehr Bürger, auch aus umliegenden Städten, ins Theater lockt. Denkbar ist auch eine teilweise Nutzung als Kino oder als Tonstudio wegen der hervorragenden Akustik.
- Die finanzielle und organisatorische Unterstützung kultureller Veranstaltungen durch die Stadt (Kultur 123) erfolgt zur Zeit völlig ohne Plan. Wir fordern ein Konzept,
  - bei dem die Eigeninitiative der Organisatoren von Veranstaltungen unterstützt wird (Beispiel Kultursommer in der Anfangszeit unter einem jährlich wechselnden Motto)
  - bei dem ein Schwergewicht auf Veranstaltungen liegt, die Publikum weit über Rüsselsheim hinaus anziehen (Beispiel Phono Pop, das einen internationalen Ruf genoss, ohne dass der Magistrat dies je erkannt hätte)
- Die finanzielle und organisatorische Unterstützung des Sports erfolgt in Rüsselsheim ebenfalls völlig ohne Plan. Insbesondere durch den Rückzug von Opel als Sponsor haben die meisten Vereine und deren nachwuchsschwache Abteilungen den Anschluss an die nationale und internationale Leistungsspitze in den letzten 10 bis 15 Jahren verpasst. Wir fordern die Entwicklung eines Zukunftskonzepts durch das Sportamt gemeinsam mit den Vereinen. Kooperationen von Vereinen sind zu fördern. Ein Ziel muss sein, dass der Rüsselsheimer Sport wieder national und international sichtbar wird.
- Wir begrüßen die Sanierung der Großsporthalle. Wir fordern allerdings, völlige Offenlegung der Finanzierung. Der Oberbürgermeister erklärt, er

habe überraschend 6 Mio € auf einem Treuhandkonto Blauer See gefunden. Dabei ist aber völlig unklar, woher die Finanzmittel stammen sollen und ob sie überhaupt real vorhanden sind. Der OB als Kämmerer hat hier anscheinend den Überblick verloren, ein Zustand der nicht hinnehmbar ist.

## **7. Zuwanderung und Integration**

### **Rüsselsheim, die Stadt mit dem Migrationshintergrund**

Auf den ersten Blick hat Rüsselsheim einen, für vergleichbare Industriestädte normalen Ausländeranteil von knapp 30%. Rechnen wir die Einwohner mit Migrationshintergrund dazu, die einen deutschen Pass haben, dann kommen wir auf mehr als 60%. Die Integration so vieler Menschen ist für Rüsselsheim eine besondere Herausforderung. In dieser Situation ist die Ansiedlung zahlreicher weiterer Flüchtlinge nicht mehr zu verantworten. Es droht die Bildung von Ghettos und Parallelgesellschaften.

Rüsselsheim hat seit 40 Jahren eine ungefähr konstante Zahl von gut 60.000 Einwohnern. Die Einwanderung von Bürgern aus dem Ausland ging also einher mit dem Wegzug eines erheblichen Anteils der deutschen Bevölkerung. Sollte dieser Trend anhalten, wäre an Integration nicht mehr zu denken. Rüsselsheim muss lebenswert und attraktiv für die gesamte Bevölkerung bleiben. Erste Voraussetzung dafür ist, dass der wirtschaftliche Niedergang und der Verfall der Infrastruktur gestoppt wird. Rüsselsheim braucht attraktive Arbeitsplätze auf jedem Qualifikationsniveau. Nur in einer prosperierenden Stadt kann Integration gelingen.

### **Integration ist eine Bringschuld**

Wir sind aufgeschlossen gegenüber integrationswilligen Einwanderern. Wir betrachten Integration als das freiwillige Hineinwachsen zugewanderter Personen in den Lebens- und Kulturkreis unseres Landes. Integration ist zunächst eine Bringschuld der Zuwanderer. Selbstverständlich erhält jeder die nötige Unterstützung, ohne die Integration nicht gelingen kann.

Wir respektieren ausdrücklich jede Kultur. Erfolgreiche Integration erfordert aber umgekehrt auch, dass der Integrationswillige die Interessen und Bedürfnisse der aufnehmenden Gesellschaft respektiert und unsere Werte schätzt. Grundvoraussetzungen für die Integration in unsere Gesellschaft und in den deutschen Arbeitsmarkt sind die weitgehende Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, die Anerkennung der deutschen Verfassung und Rechtsordnung sowie die Akzeptanz der historisch gewachsenen christlich-abendländischen Kultur.

## **Verpflichtende Deutschkurse**

Ohne eine sichere Beherrschung der deutschen Sprache haben weder Kinder noch Erwachsene eine Chance auf Bildung oder qualifizierte Arbeit. Vor dem Besuch einer Schule müssen Kinder die deutsche Sprache so weit beherrschen, dass sie am Unterricht teilnehmen können. Wir sprechen uns für eine frühzeitige Überprüfung der Deutschkenntnisse aus und für das rechtzeitige Angebot verpflichtender Sprachkurse für Kinder.

Austausch und Umgang mit Gleichaltrigen ist ein wesentliches Element der Sozialisation von Kindern aller gesellschaftlichen Milieus. Kinder sollen deshalb vor der Einschulung ein Jahr täglich an einer Kindergruppe teilgenommen haben. Insbesondere bei Defiziten im Erwerb deutscher Sprachkenntnisse soll der Kindergartenbesuch verpflichtend sein.

## **Keine Zusammenarbeit mit verfassungsfeindlichen Organisationen**

Die Zusammenarbeit mit verfassungsfeindlichen Organisationen, die unsere freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung bekämpfen, verbietet sich selbstverständlich. Wir kritisieren ausdrücklich die jährlich wiederkehrenden „Friedensgebete“ der evangelischen und katholischen Dekanate mit islamistischen Gruppen wie Milli Görüs.

## **Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge**

Durch das Versagen der Bundesregierung und die faktische Preisgabe der Außengrenzen ziehen Asylbewerber und Flüchtlinge unkontrolliert in die Bundesrepublik. Die Bundesländer haben unzureichende Kapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen und delegieren die Aufnahme der Flüchtlinge faktisch auf die Kommunen. Die Bürgermeister werden oftmals viel zu kurzfristig informiert, welche Kontingente sie aufnehmen müssen. Bei der Unterbringung, Versorgung und Integration der Menschen stoßen die Kommunen an ihre Grenzen. Die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge muss daher begrenzt werden. Diese Grenzen können nicht von oben diktiert, sondern müssen subsidiär durch die Städte und Gemeinden selbst bestimmt werden.

Wir fordern:

- Städte und Gemeinden sollen selbst entscheiden, wie viele Flüchtlinge und welche Kontingente von Flüchtlingsgruppen (Kinder, Frauen, Familien, Männer) sie aufnehmen wollen und können. Dabei sind die Bürger zu fragen.

- Alle Kosten, die im Rahmen der Flüchtlingsaufnahme entstehen, müssen durch den Bund übernommen werden.
- Bereits vor der Verteilung auf die Städte und Gemeinden muss über die Rechtmäßigkeit eines Asylantrags entschieden worden sein, so dass nur Personen mit positiv beschiedenen Anträgen in den Kommunen ankommen.
- Flüchtlinge müssen innerhalb der ersten fünf Jahre einer Residenzpflicht unterliegen. Diese Zeit kann je nach dem Erfolg beim Erwerb der deutschen Sprache, der durch geeignete Tests nachzuweisen ist, verkürzt werden. Wir verlangen zertifizierte Sprachkenntnisse, mindestens auf B2-Niveau für eine unbeschränkte Niederlassungserlaubnis.
- Flüchtlinge müssen bereits bei ihrer Aufnahme in einem Integrationsvertrag auf die Werte des Grundgesetzes verpflichtet und darüber aufgeklärt werden, dass die Nichteinhaltung dieses Vertrages die Abschiebung zur Folge hat.
- Asylbewerber, die ohne Ausweise in Deutschland aufgegriffen werden und bei der Beschaffung und Ausfertigung neuer Dokumente nicht aktiv mithelfen oder Falschangaben machen, müssen auf der Grundlage geltenden Rechts und bestehender Rücknahmeabkommen umgehend abgeschoben werden.
- Mit dem Zuzug traumatisierter Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten besteht die Gefahr, Gewaltmentalität zu importieren. Vor einer Integration traumatisierter Menschen muss eine Resozialisierung in eine zivile Gesellschaft stattfinden.
- Personen, von denen eine Gefahr für Leib und Leben anderer ausgeht, dürfen keinen Aufenthaltstitel erhalten. Liegen Abschiebungshindernisse vor, erfolgt eine gesicherte Verwahrung.
- Zentrale Abschiebestellen sollen in Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen eingerichtet werden.

## **8. Sicherheit, Sauberkeit, Ordnung**

Elementare Grundbedürfnisse der Bürger müssen erfüllt sein, damit die Menschen in ihrem Wohnumfeld gerne leben und sich ihrer Stadt verbunden fühlen. Dazu zählen die Bedürfnisse nach Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit. Werden die Erwartungen der Bürger dauerhaft nicht erfüllt, verlieren sie das Interesse, sich am Gemeinwesen zu beteiligen und sich eigenverantwortlich zu engagieren.

Wir fordern:

- Verbesserung des Erscheinungsbilds der Innenstadt, der Einkaufszentren, der Wohngebiete und Gewerbegebiete
  - Keine Duldung von Drogen-Handel. Unverzögliche Zerschlagung neu entstehender Drogen-Szenen - wie zur Zeit in der Rüsselsheimer Innenstadt – durch vermehrte Polizei-Präsenz
  - Keine Duldung und unverzügliche Beseitigung von Wandschmierereien und illegaler Plakatierung
  - Keine Duldung des Verdreckens und Verkommens der Grünflächen, die Straßen und Wege begleiten
- Verbesserung der Schulwegsicherheit:
  - Ausweitung der Tempo-30-Zonen rund um Schulen
  - Verstärkte Überwachung des Straßenverkehrs in Tempo-30-Zonen und angrenzenden Bereichen (insbesondere Ampelkreuzungen)
- Aussagefähige und umfassende Kriminalitätsstatistiken sind Voraussetzung für eine effektive Verbrechensbekämpfung. Dafür muss auch die Herkunft der Täter ausgewiesen werden.
- Konsequente Verhinderung der Bildung von „Angsträumen“ in allen Stadtbezirken:
  - Mehr Präsenz von Ordnungskräften in Brennpunktzonen
  - Installation von Videoüberwachungsanlagen in Brennpunktzonen der Stadt
- Klare Regeln zum Betrieb von Asylbewerber- und Flüchtlingsheimen sowohl für die dort untergebrachten Menschen als auch für die Bediensteten und Betreiber der Einrichtungen.
- Konsequente Verhinderung öffentlicher Propaganda oder Agitation, die mit faschistischem Gedankengut einhergeht, insbesondere auch dann, wenn dies mit einem vermeintlichen religiösem Hintergrund verbunden ist
- Konsequentes Verbot exzessiven Alkoholkonsums im Bereich öffentlicher Straßen und Plätze, die mit Belästigungen von Anwohnern oder Passanten einhergehen. Der Magistrat soll das Land zu einer Präzisierung und Verschärfung der Gesetze zu bewegen.

- Keine stillschweigende Duldung fortwährender Regel- oder Rechtsverstöße in manchen Restaurationsbetrieben

Die Polizei hat die verantwortungsvolle und unverzichtbare Aufgabe, die Sicherheit aller Bürger im demokratischen Rechtsstaat durchzusetzen. Seit Jahren jedoch nehmen Gewalt und Respektlosigkeit gegen Polizisten im Einsatz zu. Wir meinen, wer im Ernstfall auf den Schutz durch die Polizei vertrauen will, muss auch im Alltag den Polizisten mit Respekt und Anerkennung entgegentreten.

## 9. Umwelt

Lärm ist eine der stärksten gesundheitsschädlichen Umweltbelastungen. Lärm muss unnachgiebig kontrolliert und vermieden bzw. gezielt eingedämmt werden. Rüsselsheim leidet insbesondere durch Fluglärm.

Wir fordern:

- Ausweitung des Nachtflugverbots am Flughafen Frankfurt am Main von 23:00 bis 6:00 Uhr. Wir schätzen den Flughafen als größten Arbeitgeber der Region, aber der Lärmschutz muss weiter verbessert werden.
- Gerade in einer für Lärm sensibilisierten Stadt ist es unverständlich, dass die Stadt bzw. ihre Eigenbetriebe immer noch Laubblasgeräte einsetzt. Diese sollten abgeschafft werden.

Rüsselsheim hat sehr viele Grünflächen und Parkanlagen. Leider wurden diese in den vergangenen Jahren immer weiter vernachlässigt, um Kosten zu sparen. Tatsächlich jedoch kann man auf diese Weise gerade kein Geld sparen. Die Stadt muss Lebensqualität und Freizeiteinrichtungen bieten, so dass sich auch Bürger mit gehobenem Einkommen wohlfühlen und schließlich zum Steueraufkommen beitragen. Bei einem Jobwechsel in eine neue Stadt ist die zu erwartende Lebensqualität der gesamten Familie ein wesentlicher Gesichtspunkt.

Wir fordern:

- Ein Grünflächenkonzept ist zu erarbeiten, das die Lebensqualität der Stadt in den Mittelpunkt stellt und auch Anreize für die Ansiedlung neuer Bürger in Rüsselsheim schafft.
- Der Pflegezustand der Grünflächen muss nach und nach wieder verbessert werden.
- Das Waldschwimmbad ist das letzte Freibad in Rüsselsheim. Sein erbärmlicher Zustand ist in Ordnung zu bringen. Der Pächter des Kiosks soll an den Kosten für die Pflege der Anlagen beteiligt werden.

- Der Horlachgraben stellt die beliebteste Joggingstrecke in Rüsselsheim dar. Die Beleuchtung darf nicht eingestellt werden, damit die Freizeiteinrichtung gerade auch an langen Winterabenden nutzbar erhalten wird.

## 10. Verkehr

Individualverkehr und öffentlicher Nahverkehr dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beide sind notwendig. Der öffentliche Nahverkehr muss attraktiver und nach wirtschaftlichen Kriterien gestaltet werden. Gibt es attraktive Alternativen zum Auto, so werden sie auch angenommen. Hierzu bedarf es keiner Verordnung, keiner Zwangsgebühren, keiner Tempo-30-Zonen und keiner City-Maut.

Wir fordern:

- Nach und nach Einführung von Elektrobussen in Rüsselsheim
- Bessere Kopplung der Busanbindung an die Fahrzeiten des S-Bahnverkehrs
- Bessere Vernetzung der Busfahrpläne und -linien mit denen der Riedwerke. (beispielweise eine Ringlinie die Ginsheim mit einschließt)
- Busfahrpläne und -routen nach den Bedürfnissen der Bürger
- Einrichtung einer neuen Pendelbuslinie, um die Hochschule RheinMain (Standort „Am Brückweg“) sowie das benachbarte GPR-Klinikum und das Lachebad direkt mit dem S- und Busbahnhof in der Innenstadt zu verbinden
- Die kostenlose Parkzeit für PKW muss von 30min auf 60min angehoben werden („Brötchentaste“)
- Keine weitere Verknappung und Verteuerung von PKW-Parkplätzen